

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Verwaltungen entgegen. — Einzelheft wertlos. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verantwortlich für den Inhalt: ...

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postbezugs-Nr.: Amt Leipzig Nr. 1906

Nr. 252

Mittwoch, den 28. Oktober 1931

26. Jahrgang

### Die Besprechungen mit Grandi

Berlin, 28. Okt. Der Besuch des italienischen Außenministers ist, wie aus ausländischen deutschen Kreisen verlautet, in einer angenehmen und freundschaftlichen Weise verlaufen. Die frische, offene Art Grandis hat die Diskussion sehr erleichtert. Die Umstände des Besuches haben es mit sich gebracht, daß Grandi und der Reichskanzler nicht über Einzelheiten etwa des Handelsvertrages oder der deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen gesprochen haben. Die Minister haben sich fast ausschließlich, wie auch das amtliche Kommuniqué besagt, über die großen Probleme und die Grundsätze ausgesprochen, die für die Regelung dieser Probleme in Betracht kommen. Dieser grundsätzliche Gedankenaustausch wird es ermöglichen, daß man auf beiden Seiten noch auf Monate hinaus wissen wird, wie die maßgebenden Kreise des anderen Landes gewisse Probleme sehen und zu lösen beabsichtigen. Die Vereinbarung einer gemeinsamen Aktion in irgendeiner Frage kam unter diesen Umständen auch nicht in Betracht. Insbesondere konnten die Washingtoner Beratungen nur abstrakt erörtert werden, da man erst ganz klar sehen muß, was bei ihnen vereinbart worden ist, ehe auch nur der Zeitpunkt für konkrete Schritte festgestellt werden kann. Das Hauptthema bei den Besprechungen zwischen Grandi und dem Reichskanzler bildete die Weltwirtschaftskrise, wobei u. a. die Konsequenzen der englischen Pfundkrise im Zusammenhang mit den aus den englischen Wahlen sich ergebenden Eventualitäten, die Probleme der Stillhaltung und der internationalen Verschuldung erörtert wurden. Auch diese Erörterungen waren akademisch und abstrakt, unso mehr, als Italien an der Stillhaltung nur wenig interessiert ist und sein Standpunkt in der Frage der internationalen Verschuldung in Deutschland bekannt ist und schon früher ein verständnisvolles und dankbares Echo gefunden hat. In fast allen Punkten konnte eine vollständige Übereinstimmung der Ansichten festgestellt werden. Wo sich eine solche nicht ergab, da lag das daran, daß in der betreffenden Frage eine Gemeinsamkeit der Interessen nicht gegeben war. Die wesentliche Bedeutung der Berliner Besprechungen liegt in der schon erwähnten gegenseitigen

Unterrichtung über die Probleme, die in der nächsten Zeit voraussichtlich aktuell werden.

#### Das amtliche Kommuniqué

Berlin, 28. Okt. Anlässlich der Anwesenheit des italienischen Außenministers Grandi in Berlin haben zwischen ihm und dem Reichskanzler eingehende politische Besprechungen stattgefunden. Anknüpfend an den freimütigen Gedankenaustausch, den der Reichskanzler bei seinem Besuch in Rom mit dem Chef der italienischen Regierung vornehmen konnte, wurden in diesen Besprechungen alle die großen politischen und wirtschaftlichen Probleme internationaler Art einer Erörterung unterzogen, deren Lösung von Tag zu Tag dringlicher wird. Bei der Aussprache, die mit vollster Offenheit und in freundschaftlicher Gesinnung geführt wurde, ergab sich weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage und der Notwendigkeiten, die sich aus ihr ergeben. Insbesondere kam auf beiden Seiten die Überzeugung zum Ausdruck, daß die wirksame Bekämpfung einer Krise, wie sie heute die Welt erschüttert, ohne eine planvolle Zusammenarbeit der beteiligten Nationen nicht mehr möglich ist, und daß diese Zusammenarbeit, wenn sie zum Erfolg führen soll, auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Achtung gegründet sein muß.

#### Grandi beim Reichspräsidenten

Berlin, 28. Okt. Der italienische Außenminister Grandi machte heute um 11 Uhr vormittags seinen Besuch beim Reichspräsidenten. Vor dem Reichspräsidentenpalais hatte lediglich eine kleinere Abteilung Schußwache Aufstellung genommen. Der Außenminister begab sich in Begleitung des italienischen Botschafters Orsini Varoni und des deutschen Legationsrates Thomsen in das Reichspräsidentenpalais. Nach einer halbstündigen Unterredung, der Staatssekretär Dr. Weisner beiwohnte, begaben sich die Herren, von Staatssekretär Weisner an den Wagen begleitet, um 1/2 12 Uhr wieder in das Hotel. Bei der Abfahrt grüßte die Menge den italienischen Außenminister mit dem Hahnenruß.

### Reichsregierung und Fremdenverkehr für die Zulassung von Glücksspielen

Berlin, 28. Oktober. Reichsverkehrsminister Treutmann äußerte sich zu einem Vertreter der Berliner Zeitung über seine Absichten und Pläne für die Förderung des Fremdenverkehrs. Der Minister erklärte es für selbstverständlich, daß er die Parteinitiative seines Amisvorgängers weiter pflegen werde; sie werde sich vor allen Dingen darauf erstrecken, eine Zusammenfassung aller Selbstverwaltungsmassnahmen in einer Sammelstelle für Erfahrungen und Anregungen zu beschleunigen. Das Reichsverkehrsministerium als solches müsse sich naturgemäß auf das Gebiet der staatlichen Massnahmen beschränken, aber er hoffe, dem Hauptausgang für Fremdenverkehr als der anerkannten Spitzenvertretung die Förderung geben zu können, die dieses große Propagandagebiet verlange.

Zu der Frage der Ausreisegelder sagte der Minister, daß die Reichsregierung nicht an eine Wiederholung denke. Es sei denn, daß ganz außergewöhnliche Notstände zu neuen rigorosen Massnahmen zwingen sollten. Die Reichsregierung wünche einen möglichst weitgehenden Fremdenverkehr, der selbstverständlich nur möglich sei bei gleichem Maß auch für die Nachbarländer. Es komme darauf an, im Inlande den Aufenthalt für Ausländer reizvoll zu gestalten. Das sei in erster Linie Aufgabe der örtlichen Stellen, die sich ihrer jahrzehntelangen mit viel Gehiß und Erfolg angenommen hätten.

Nicht ohne Bedeutung für die deutsche Fremdenverkehrspolitik sei es, daß allenthalben in der Nähe von Badeorten jenseits der Grenze Gelegenheit zum Glücksspiel geboten werde. Hierdurch würden in Massen zahlungskraftige Fremde für den größten Teil des Tages aus den Bädern fortgelockt. Er sei deshalb durchaus dafür, daß durch staatliche Massnahmen die Möglichkeit geschaffen werde, in Bädern der allergrößten Kategorien Glücksspiele für die Fremden zu veranstalten.

Es müsse nur Vorkehrung getroffen werden, daß diese sich in vornehmen Formen abspielten und daß die Betätigungsmöglichkeit für die einheimische Bevölkerung gesichert werde. Er werde deshalb an die zuständigen Reichs- und Länderbehörden herantreten, um eine Regelung dieses Verfahrens im gesamten deutschen Interesse zu treffen.

Der Minister ging dann auf den innerdeutschen Fremdenverkehr ein, dessen erste Voraussetzung sei, daß man die Kosten einer Sommerreise 1932 ganz erheblich herabsetze. Die Hauptinitiative müsse zweifellos von den deutschen Wirtschaftskreisen, Gastwirten und Verkehrsunternehmungen selbst ausgehen. Aber es sei auf der anderen Seite nicht zu verkennen, daß die steuerliche Belastung unseres Gastwirtsgebietes, besonders durch Realsteuern derzeit hoch sei, daß eine läßliche Kostenentlastung nur erzielt werden könne, wenn die Steuerpolitik, also in erster Linie die deutschen Gemeinden, weitblickendes Verständnis dafür hätten, daß sie mit ihren Realsteuern nicht die Gaststätten erdrockeln dürften.

#### Japan verstärkt die Effektivbestände seiner mandchurischen Truppen

Tokio, 28. Okt. Wie aus amtlichen Kreisen verlautet, werde es wahrscheinlich nötig sein, die Zahl der in der Mandchurei stehenden Truppenteile zu vermehren. Es sei zwar nicht beabsichtigt, die durch die Verträge zugelassenen Effektivbestände zu überschreiten, jedoch müsse man den Truppen, die bis jetzt infolge der Tätigkeit der Räuberbanden stets stark in Anspruch genommen worden sind, die Ruhe gönnen, die sie wegen ihrer kleinen Zahl entbehren mußten.

### Die französischen Gemeindevahlen

Paris, 28. Oktober. Das französische Innenministerium veröffentlichte am Montag eine genaue Uebersicht über den Ausgang der Gemeinde- und Generalratswahlen am 18. und 25. Oktober. Von den 1517 freigegebenen Sitzen wurden 1518 neu besetzt. Nur in einer Gemeinde in Korsika ist die Wahl für ungültig erklärt worden.

Die äußerste Rechte verliert insgesamt 26 Sitze, d. h. 26,8 v. H. ihrer bisherigen Mandate. Die Marine-Gruppe (republikanisch-demokratische Union) verliert ebenfalls 16 Sitze, d. h. 5,7 v. H. ihrer bisherigen Mandate. Die Antirepublikaner (Tardieu) haben sich behauptet. Die unabhängigen Radikalen verlieren 9 Sitze, während die republikanischen Sozialisten und die unabhängigen Sozialisten 10 Sitze gewinnen. Die Radikalsozialisten (Herriot) gewinnen 28 Sitze und die Sozialisten (Blum) 12 Sitze. Die Kommunisten verlieren einen Sitz.

Wenn auch die Gemeinde- und Generalratswahlen nicht von unmittelbarer politischer Bedeutung sind, so wirken sie doch auf die Parlamentswahlen aus und lassen schon jetzt für das kommende Jahr eine Schwenkung nach links voraussehen.

### Ablehnung des Vorschlages der Kommunalverwaltungen

Berlin, 26. Okt. Die Tarifkommission des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe trat bereits heute mit dem Vorstand der Gewerkschaft zusammen, um zu dem Vorschlage des Reichsverbandes der Kommunalverwaltungen auf neunprozentige Kürzung der Löhne ab 1. November Stellung zu nehmen. Die Tarifkommission, der etwa 20 Vertreter der Bezirksorganisationen aus dem Reiche angehören, kam zu dem Ergebnis, daß eine weitere Kürzung der Löhne nicht tragbar sei und der Vorschlag der Arbeitgeberseite zurückgewiesen werden müsse. Bei den Verhandlungen werden die Gewerkschaften eine Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens bis zum 31. März 1932 fordern.

### Vertagung der Verhandlungen im Lohnstreit bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft

Berlin, 28. Okt. Im Lohnstreit bei der Reichsbahn-Gesellschaft fanden heute vor dem Sondergericht, Oberlandesgerichtsrat Dr. Foetters, erneut Verhandlungen statt. Nach ausführlicher Erörterung wurden die Verhandlungen auf morgen mittag vertagt.

### Ausdehnung der Befreiung von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung im Kohlenbergbau

Berlin, 28. Oktober. Durch eine im heutigen Reichsanzeiger veröffentlichte Verordnung vom 24. d. M. werden auf Grund des § 2 der Zweiten Verordnung über die Befreiung von Schlichtungsbefreiung öffentlichen Interesses vom 30. September 1931 die Untertage-Arbeiter und ihre Arbeitgeber in Oberschlesischen Steinkohlenbergbau mit Wirkung vom 8. Oktober bis zum 30. November d. J., im bayerischen Pechkohlenbergbau mit Wirkung vom 1. Oktober bis zum 30. November d. J. von der Beitragspflicht zur Reichsversicherung für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung befreit.

## Der Eindruck der Washingtoner Verhandlungen

### Was bedeutet das Kommuniqué?

Berlin, 28. Oktober. Neben dem Grandi-Besuch und der ausgezeichneten Rede, die der italienische Ministerpräsident gestern in Neapel gehalten hat, beschäftigt man sich in Berliner politischen Kreisen lebhaft mit dem Kommuniqué über das Ergebnis der Washingtoner Verhandlungen. Bei der Beurteilung dieser Verhandlungsergebnisse ist zu berücksichtigen, daß sie natürlich nicht in erster Linie für Deutschland abgefaßt, sondern ein Spiegelbild des ganzen Komplexes der internationalen Fragen ist, die in Washington besprochen worden sind. Daß dabei auch die Dinge behandelt wurden, die uns besonders interessieren, liegt auf der Hand. Umso mehr ist zu begrüßen, daß die Washingtoner Besprechungen doch immerhin Grundlagen geschaffen haben, auf denen die weiteren Bemühungen um die Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten aufbauen können. Es ist Einverständnis darüber erreicht worden, daß die Initiative zur Erzielung eines Abkommens, das dem Hoover-Rotatorium folgen soll, baldigt von den europäischen Mächten ergriffen wird. Das heißt also, daß der nächste Schritt keineswegs von Deutschland allein erwartet wird. Ein gemeinsamer Schritt der hauptbeteiligten Mächte ist ja auch schon deshalb nötig, weil es sich nicht nur um die Reparationen, sondern auch um die interalliierten Kriegsschulden handelt. Wie die Regelung im einzelnen aussehen soll, davon haben die Washingtoner Besprechungen noch kein klares Bild ergeben. Im Gegenteil haben die beiden Mächte in dem Kommuniqué ausdrücklich ihre Vorbehalte betont. Damit ist schon gesagt, daß in Washington ein Rahmen geschaffen wurde, der jetzt zunächst durch die diplomatischen Verhandlungen ausgefüllt werden muß. Gerade unter diesem Gesichtspunkte scheint übrigens die bevorstehende Reise des italienischen Außenministers nach Washington von besonderer

Bedeutung zu sein. Mit dieser Klärung des ersten Eindruckes sind natürlich die Probleme selbst, die in Washington besprochen wurden, noch nicht erledigt. Das Kommuniqué läßt ja eine ganze Reihe auf, und es läßt sogar durchblicken, daß über gewisse Dinge eine negative Entscheidung gefallen ist. Das gilt vor allem auch für den Konsultationspakt, den Frankreich in Washington zu erreichen suchte, der aber offenbar von Hoover ganz ungewollt abgelehnt worden ist. In unterrichteten Berliner Kreisen neigt man zu der Auffassung, daß die Zusammenkunft ihren Zweck erreicht hat, indem sie die Basis für die weiteren Anstrengungen zur Überwindung der Krise geschaffen hat.

### Einberufung des Young-Komitees?

Paris, 28. Oktober. „Echo de Paris“ veröffentlicht in einer Spätausgabe ein Kabeltelegramm seines nach Washington entsandten Außenpolitiklers, der glaubt, mitteln zu können, dass das Young-Komitee, so schnell wie möglich das konsultative Komitee der Sachverständigen, wie es im Youngplan vorgesehen ist, anrufen, damit es noch während der Rotatoriumszeit die Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfe, jedoch man auf diese Weise sofort wieder den juristischen Bestimmungen des Youngplans Rechnung tragen würde. Selbstverständlich hätten die Vereinten Staaten, wenn sie and implizite mit diesem Verfahren einverstanden seien, sich ihm keineswegs anschließen. Der Außenpolitiker fügt allerdings selber hinzu, daß dieses Komitee vielleicht nur dann vor dem 1. Juli 1932, also zu dem Zeitpunkt des Ablaufes des Hoover-Festjahres, zusammenzutreten würde, wenn diese Initiative von Deutschland selbst und den übrigen Gläubigerstaaten gebilligt würde.